

Abschied von der WestLB

Zertifikateabteilung geht als Teil des Verbundgeschäfts an die Landesbank Hessen-Thüringen – Preisstellung wird fortgeführt

Kurz vor Ablauf der von der EU gesetzten Frist für die Auflösung der WestLB haben sich alte und neue Eigentümer der Landesbank offenbar in den letzten strittigen Punkten geeinigt. Einer der Streitpunkte war die Bewertung des Verbundbankgeschäfts, das von den übrigen Geschäftsteilen abgetrennt und von der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) übernommen werden soll. Zu den voraussichtlich auf die Helaba übertragenen Aktivitäten gehört auch der weit überwiegende Teil des WestLB-Geschäfts mit Zertifikaten und Strukturierten Anleihen. Inoffiziellen Quellen zufolge soll die Produkt-Plattform für derivative Retailprodukte vom neuen Eigner übernommen und weiter betrieben werden. Somit wäre für die ausstehenden Papiere auch über den 30. Juni (dem Stichtag für die Auflösung der WestLB)

hinaus sichergestellt, dass Anlagekunden für die ausstehenden Papiere weiterhin marktgerechte Preise gestellt bekommen, zu denen sie die Produkte bei Bedarf veräußern können. Ungeklärt ist den Angaben folgend, ob die alten WestLB-Produkte auch für Neuanleger weiter geöffnet bleiben. Dies war seinerzeit nach der Übernahme der Dresdner Bank durch die Commerzbank der Fall, wo bis heute auch Wertpapiere mit dem Emittentenkürzel DR gehandelt werden können. Dies könnte im Fall der zwangsabgewickelten WestLB schwieriger werden, weswegen nicht ausgeschlossen werden kann, dass die alten Papiere nach dem Eigentümer-Wechsel auf „Bid only“ (nur Geld) gestellt werden. Verkäufe wären dann zwar weiter möglich, Neuengagements zum Briefkurs wären aber ausgeschlossen. *DZB*

Eckpunkte für die Börsensteuer stehen

Studie: Starke Belastung für Anlageprodukte wie Zertifikate

Bundesregierung und Opposition haben sich zwar auf Eckpunkte für die Einführung der Finanztransaktionssteuer geeinigt, zur Umsetzung und dem Zeitpunkt der Einführung gibt es allerdings noch Meinungsverschiedenheiten. Fest stehen bereits die Steuersätze: Aktien- und Anleihegeschäfte sollen mit 0,1 Prozent und Derivategeschäfte mit 0,01 Prozent belastet werden. Das klingt vergleichsweise moderat. Bei bestimmten Optionen könnte die Belastung aber schnell auf über 15 Prozent des Optionswerts anwachsen. Das ist das Ergebnis einer Studie von Christian Koziol (Universität Tübingen), die vom DDV in Auftrag gegeben worden war. Die kumulierte Belastung ergibt sich aus der regelmäßigen Anpassung, die Optionsverkäufer für die sogenannte Delta-Hedge-Strategie vornehmen müssten. Die höheren Kosten würden dabei auch sämtliche Papiere, die eine Optionskomponente enthalten, deutlich verteuern. Dazu zählen der Studie zufolge nicht nur klassische Hebelprodukte und Anlagezertifikate, sondern

auch Bundesschatzbriefe und Bausparverträge. Während aktuell vor allem diskutiert wird, ob und wann die Steuer kommt, muss auch noch eine ganze Reihe von Fragen zur Umsetzung beantwortet werden. Zu klären ist etwa, wie die von der FDP geforderte Voraussetzung erfüllt werden soll, eine Kapitalflucht zu nicht-belasteten Börsen im Ausland zu vermeiden. Denn bereits heute ist klar, dass nicht alle EU-Länder bei der Finanztransaktionssteuer mitziehen werden. Insbesondere der wichtigste Finanzplatz Europas, London, winkt ab. Eine konkrete Angabe, wie stark die Beteiligung mindestens ausfallen soll, findet sich im Grundsatzpapier nicht. Verwiesen wird allerdings auf die EU-Methode der „verstärkten Zusammenarbeit“. Dabei sind neun teilnehmenden Länder Minimum. Außerdem macht die FDP zur Bedingung, dass die Altersvorsorge sowie Kleinanleger und Unternehmen nicht belastet werden. Auch diese Vorgabe lässt sich nur schwer mit der neuen Steuer vereinbaren, wie die Studie aus Tübingen zeigt. *DZB*

Veranstaltungen

Grünes Geld ● Am 23. Juni kommt die Messe „Grünes Geld“ nach Stuttgart. Bei freiem Eintritt können sich Besucher im Haus der Wirtschaft über nachhaltige, ethische und ökologische Anlagemöglichkeiten informieren. Rund 40 Aussteller präsentieren sich. Zudem stehen Vorträge und eine Podiumsdiskussion auf dem Programm.

DZB Webinare ● In den kommenden Wochen bietet der *DZB* zwei kostenfreie Online-Schulungen an. Bei einem Webinar zusammen mit der LBBW stehen am 26. Juni „Investitionsmöglichkeiten in der Schuldenkrise“ im Mittelpunkt. Das Webinar am 10. Juli ist ein Angebot der *DZB Akademie* zur Vertiefung des Beitrags „Rabatt oder Kupon – wo steckt mehr drin?“ auf Seite 48 dieser Ausgabe. Dabei werden Konstruktion und Einsatzmöglichkeiten von Discountern und Aktienanleihen erklärt. Die Schulungen beginnen um 16.00 bzw. um 13.30 Uhr. Teilnahme und Registrierung auf: www.zertifikateberater.de/webinar.

Anlegerseminare ● Auch zahlreiche Emittenten und die Börse laden in den kommenden Wochen zu einer Reihe von zum Teil kostenfreien Online-Seminaren ein. Bei der RBS werden unter anderem Webinare zu Brasilien & Russland (20.6.) und Edelmetallen im Überblick (18.7.) veranstaltet. Die Commerzbank, BNP Paribas und andere Partner richten sich mit einer Webinar-Reihe vornehmlich an Trader, bieten aber auch Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit Börsenexperten wie Markus Koch, (20.6./4.7.). Info: kursplus.de. Die DZ Bank setzt ihre Tradingakademie am 16.7. fort. Bereits abgehaltene Webinare sind auf www.trading-akademie.de hinterlegt.

Derivate Tag 2012 ● Der vom DDV veranstaltete Deutsche Derivate Tag findet in diesem Jahr am 24. September in der Villa Kennedy in Frankfurt statt. Genauere Informationen liegen dazu noch nicht vor.

DKM ● Die auf Versicherungen fokussierte B2B-Fachmesse findet am Wochenende vom 23. - 25. Oktober in Dortmund statt.

Zertifikate Award 2012 ● Die Gala zur Verleihung der *Zertifikate Awards* wird in diesem Jahr am 29. November stattfinden. Veranstaltungsort ist auch 2012 Berlin.

Aktuelle Urteile

Anerkennung von Verlusten ● Verluste aus wertlos verfallenen Finanzprodukten wie Optionsscheinen oder Knock Out-Zertifikaten (nach Schwellenbruch) werden steuerlich nicht anerkannt. Hierzu liegt nun ein neues Urteil vor. Die Vorgehensweise stand bereits vor der Zeit der Abgeltungsteuer in der Kritik und entsprechende Klagen wurden eingereicht. Die Finanzgerichte München und Hessen entschieden 2009 und 2010 auch tatsächlich gegen die Nicht-Anerkennung und stellten sich damit gegen das BFH als oberstes deutsches Steuergericht. Die jeweiligen Finanzämter gingen jedoch in Revision (vgl. DZB Ausgabe 01/2011). Im April ist nun zu dem Verfahren in Hessen ein Urteil gefallen (Az. IX B 154/10). Das BFH bestätigte seine Auffassung, dass Verluste aus verfallenen Produkten steuerlich nicht geltend gemacht werden können. Im vorliegenden Fall hatte ein Anleger im Jahr 2006 mit Unlimited Turbo-Zertifikaten Totalverluste erlitten. Die BFH-Entscheidung ist noch kein Hauptsacheurteil, gibt jedoch eine Richtung vor. Gleichzeitig weist der BFH darauf hin, dass seine Entscheidung nicht auf die Zeit der Abgeltungsteuer übertragbar ist.

Gericht verurteilt Berater ● Das Landgericht Berlin hat in einem Urteil vom 10. Mai (Az. 27 O 627/11) gleich mehrere Gründe für das Vorliegen einer Falschberatung angeführt. Ein Anleger hatte 2008 auf Anraten seines Finanzberaters mehrfach Anteile am Offenen Immobilienfonds Morgan Stanley P2 Value erworben. Nach Auffassung des Gerichts hätte der Berater den Kunden, der nach einer sicheren Anlage gesucht hatte, wegen des drohenden Wertverfalls auf die zu diesem Zeitpunkt bereits fünf Jahre andauernde Krise der Offenen Immobilienfonds und eine mögliche Liquidation des P2 Value hinweisen müssen. Außerdem wurde der Kunde nicht informiert, dass bei einer Anlage dieser Art keine Einlagensicherung greift und damit ein Totalverlustrisiko besteht. Auch das Prospekt des Fonds sei fehlerhaft gewesen und ein Hinweis auf Kick Back-Zahlungen ausgeblieben. Der Kläger soll nun sein Geld zurückbekommen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Bußgelder für Vertrieb von Hebel-ETF

US-Aufsicht verurteilt vier Banken zur Zahlung von neun Millionen wegen mangelnder Kontrolle ihrer Vertriebsmitarbeiter

Die US-Aufsichtsbehörde Finra (Financial Industry Regulatory Authority) hat ihre Gangart gegenüber den Anbietern von Exchange Traded Products noch einmal verschärft. Anfang Mai verhängte sie gegen die Citigroup, Morgan Stanley, UBS und Wells Fargo hohe Strafen wegen mangelhafter Kontrolle ihrer Vertriebsmitarbeiter beim Verkauf von nicht-konventionellen ETF an Privatanleger. Das Strafmaß belief sich insgesamt auf 9,1 Mio. Dollar, von denen 7,3 Mio. als Bußgelder und 1,8 Mio. als Entschädigung für die betroffenen Anleger entfielen.

Ausgangspunkt der Klage waren Engagements in sogenannten *Short-* und *Leveraged-ETF*, die von den vier Häusern in den Jahren 2008 und 2009 in milliardenstarkem Umfang an Privatanleger vertrieben worden waren. Dies erfolgte nach Auffassung der Finra, ohne dass die betroffenen Banken ausreichend Sorge dafür getragen haben, dass ihre Vertriebsmitarbeiter über die nötige Produktkenntnis verfügten, um diese sehr speziellen und komplexen Papiere im Privatkundengeschäft einzusetzen.

Die beiden Produkttypen, die auch in Deutschland in stark wachsender Zahl angeboten werden, gelten als tückisch,

weil die genaue Funktionsweise der Hebelmechanismen von weniger versierten Anlegern nicht ohne weiteres erfasst und nachvollzogen werden kann. Sie basiert vor allem auf der täglichen Anpassung der Ausgangsbasis für die Kursbeteiligung, wobei die Hebelwirkung auf das Ursprungsniveau zurückgesetzt wird. Dies ist beispielsweise bei *Faktorzertifikaten* und *Daily-* oder *Leveraged-ETF* der Fall, gilt aber auch für *Short-ETF*, die den täglichen Indexverlust in Fondsgewinne umwandeln. Als problematisch kann sich dieses Vorgehen bei längerfristigen Anlagen und volatilem Verlauf der jeweils abgedeckten Indizes erweisen. In einem der jetzt von der US-Aufsicht aufgeführten Beispiele hatte ein Leveraged-ETF, der den (täglichen) Gewinn eines Index verdoppeln sollte, nach fünf Monaten beinahe sechs Prozent an Wert verloren, obwohl der Index über den Gesamtzeitraum im Plus lag.

Mit dem aktuellen Urteil richtet sich die Finra nicht gegen das grundsätzliche Angebot entsprechender Produkte, sondern ganz explizit gegen den gezielten Verkauf im Produktvertrieb, sofern die Berater nicht ausreichend geschult sind, um die Anleger auf die speziellen Risiken hinzuweisen. DZB

Rechte von Bankkunden werden gestärkt

Gesetzliches Beschwerdeverfahren und Verbrauchergremium

Beschwerden von Verbrauchern bei falscher Anlageberatung sollen künftig auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Einen entsprechenden Entwurf hat das Bundeskabinett Anfang Mai beschlossen.

Die zentralen Punkte: Ein gesetzliches Beschwerdeverfahren und ein eigenes Gremium für Verbraucher. Beides soll bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angesiedelt werden. Diese soll damit künftig nicht nur die Stabilität der Finanzmärkte und Banken überwachen, sondern auch Verbraucherfragen stärker berücksichtigen. Das neue Beschwerdeverfahren greift allerdings nur, wenn ne-

ben dem individuellen Einzelfall auch das kollektive Verbraucherinteresse berührt wird und eine generelle Klärung der Angelegenheit von Bedeutung ist. Individuelle rechtliche Interessen sollen dagegen weiterhin Aufgabe der Zivilgerichte bleiben, betont das Bundesverbraucherministerium (BMELV). Der neue Beirat wird aus Vertretern von Verbraucher- und Anlegerschutzorganisationen und dem BMELV bestehen. Mit der neuen Schlichtungsstelle wird eine Ergänzung zum privaten Ombudsmann-Verfahren der Banken, Sparkassen und Volksbanken geschaffen. Das neue Gesetz soll zum Jahresstart 2013 in Kraft treten. DZB